

STROMANBIETER CHECK 2026

POLITISCH HANDELN ENTSCHEIDEN MIT VERANTWORTUNG

Auf Basis des Stromanbieter Checks 2026 haben der WWF und GLOBAL 2000 ein sechs Punkte umfassendes Maßnahmenpaket für die Politik erarbeitet.

Die konsequente Bekämpfung der Erderhitzung ist eine der größten Aufgaben unserer Zeit.

Neben dem raschen Ausstieg aus fossilen Energieträgern sowie Einsparungen und massiven **Effizienzsteigerungen**, ist der **Ausbau naturverträglicher, erneuerbarer Energien** das Schlüsselement einer erfolgreichen **Transformation** zur Modernisierung und Elektrifizierung sowie zur Steigerung der **Wettbewerbsfähigkeit** in Österreich.

Es braucht dringend eine **Stärkung des politischen Rahmens**, der eine naturverträgliche, erneuerbare Energiewende vorantreibt. Denn Österreich hat sich über Jahrzehnte von **importierten** fossilen Energieträgern **abhängig gemacht**.

Das heimische Energiesystem beruht derzeit immer noch zu zwei Dritteln auf der Verbrennung von Erdöl, Erdgas und Kohle. Das verursacht ein **Vielfaches an Schäden** im Vergleich zu einer naturverträglichen, erneuerbaren Energieversorgung.

Beim Ausbau erneuerbarer Energien entstehen häufig Konflikte. Anders als von Politik und Wirtschaft oft dargestellt, ist ein **planloser Maximalausbau** noch lange **keine echte Energiewende**. Denn dabei können auch wertvolle Naturjuwele unwiederbringlich zerstört sowie Artenvielfalt, Trinkwasser oder Erholungsräume geschädigt werden – mit weitreichenden **negativen Konsequenzen** und Rückkopplungen auf das Klima und die Gesellschaft.

FAZIT: 6 MASSNAHMEN JETZT!

Die Klimakrise und die Biodiversitätskrise überschneiden sich in vielen gemeinsamen Ursachen und Treibern. Daher bedarf es einer ganzheitlichen und nachhaltigen Abwägung der unterschiedlichen Risiken und Schutzziele, um ein möglichst zukunftsfähiges Energiesystem erreichen zu können.

STROMANBIETER CHECK 2026

POLITISCHE MASSNAHMEN ENTSCHEIDEN MIT VERANTWORTUNG

01 Klimaneutralität 2040 verankern.

Ein verbindlicher gesetzlicher Rahmen erhöht die **Planbarkeit** für die Transformation des Energiesystems. **Sektorziele**, wirksame **Instrumente** wie der CO₂-Preis und **treffsichere Förderungen** bei der Umsetzung unterstützen Unternehmen bei der Notwendigkeit, einen naturverträglichen „Masterplan Energiewende“ zu erstellen und diesen **wirtschaftlich erfolgreich** umzusetzen.

02 Naturverträglich und erneuerbar bis 2030.

Dieses ambitionierte Ziel erfordert einen naturverträglichen **Ausbau** erneuerbarer Stromquellen und eine deutliche **Reduktion** des Stromverbrauchs sowie eine daran angepasste **Netzadaption** und ein dezentral ausgerichtetes Konzept für **Stromspeicher**. Dazu muss die aktuelle Erneuerbaren-Richtlinie (RED III) in einem Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungs-Gesetz (EABG) rechtssicher umgesetzt werden. Dabei sollte die **Mehrfachnutzung** von bereits degradierten und versiegelten Flächen und eine gute **Einbindung** der **Bevölkerung** - für eine breite Akzeptanz - priorisiert werden.

04 Transformation Landes-Energieversorger.

Die **öffentliche Hand** sollte bei der Umsetzung der **Energiewende vorangehen** und die rechtsverbindlichen, beschlossenen Klimaziele laut Pariser Klimaabkommen und nach dem „Nationalen Klima- und Energieplan“ umsetzen. Einige Landes-Energieversorger haben Pläne zur Zielerreichung – andere hinken jedoch noch hinterher. Die **Eigentümervertreter:innen** der Landesregierungen, deren Landes-Energieversorger noch keine ausreichende Unternehmensstrategie verfolgen, sind aufgerufen, umgehend klare Pläne erstellen zu lassen und die **Zielpfade** zu ihrer Erreichung zu monitoren, um die rechtsverbindlich beschlossenen Ziele Österreichs nicht zu gefährden.

05 Sparsame, effiziente Energienutzung.

Eine zwingende Voraussetzung für die Klimaneutralität ist der sparsamere und **effizientere Einsatz** von Energie. Damit können gleichzeitig unnötige Eingriffe und **Zerstörungen** in der **Natur** vermieden werden. Es braucht Bechlüsse für zielgerichtete Energiesparprogramme, die auch über **aktuelle Krisensituationen** (wie das Stromverbrauchs Reduktions-Gesetz 2022) hinauswirken. Gemäß der aktuellen EU Energieeffizienz-Richtlinie (EED III) sollte dafür das „Energieeffizienz an erster Stelle“-Prinzip auch in Österreich umgesetzt werden. Die vorgeschriebene Aktualisierung des Energieeffizienzgesetzes bietet hier eine ideale Gelegenheit.

03 Ambitioniertes Klimaschutzgesetz.

Das Gesetz erfordert die Festschreibung eines klaren **Energiewende-Zielpfad** mit Energieeinsparungen, Erneuerbaren-Ausbau und vielen anderen Aspekten. Es muss alle Sektoren umfassen und die Bundesländer einschließen. Zusätzlich braucht es ein laufendes, öffentliches Monitoring und einen **Lenkungsmechanismus**, um Klimaschutz- und Ökostromziele zu erreichen.

06 Stromkennzeichnung regeln.

Österreichs gesetzlich geregelte Stromkennzeichnung ist im Europa-Vergleich streng, weist aber Lücken auf. Zum Beispiel bei den aktuell schnell wachsenden **Bürgerenergiegemeinschaften**. Diese müssen keine Stromkennzeichnung vorlegen. Hier wäre eine gesetzliche Stromkennzeichnung für größere Gemeinschaften ab 100 kW sinnvoll, die dann in das bewährte Stromkennzeichnungs-System aufgenommen werden können. Der **Stromanbieter Check** versteht sich auch als Anregung und Lösungsvorschlag, diese **Lücken** gesetzlich zu schließen, insbesondere die ganzheitliche Kennzeichnung von „verbundenen Gesellschaften“. Darüber hinaus muss sich die Bundesregierung auf **europäischer Ebene** für eine lückenlose Stromkennzeichnung einsetzen.

STROMANBIETER CHECK 2026

WEITERE SCHRITTE ZUR DRINGENDEN KLIMANEUTRALITÄT 2040

Klimaneutralität bis 2040 ist unverzichtbares Ziel, um der naturverträglichen Energiewende Geschwindigkeit zu verleihen. Durch ihre Festlegung in der Verfassung, inklusive konsistenter, wirksamer Maßnahmenpläne und Finanzierung, würde ein klarer, kalkulierbarer Investitionsrahmen für Unternehmen und Haushalte entstehen.

Ökosoziales Steuersystem. Umweltschädliche Subventionen abbauen.

Die **Abhängigkeit** von importierten fossilen Energieträgern muss in allen Bereichen reduziert werden. Die Einführung eines CO₂-Preises war ein wichtiger erster Schritt, der jedoch nicht weit genug geht.

Neben einer wirkungsgerechten **Anpassung des CO₂-Preises**, muss die Politik insbesondere die umweltschädlichen Subventionen in Milliardenhöhe rasch abbauen - wie dies auch der Nationale Energie- und Klimaplan vorsieht. Zur Unterstützung von Menschen mit sehr geringen Einkommen muss auch ein **Klima-Sozial-Fonds** mit transparenten Förderregeln geschaffen werden.

Klimafreundliche Heizsysteme.

Der **Ausstieg aus Öl- und Gasheimungen** muss dringend gesetzlich verbindlich festgeschrieben werden. Auch die **Fernwärme** braucht Ausstiegspläne aus Gas.

Es reicht nicht, wenn Landes-Energieversorger grünen Strom verkaufen, sie müssen insgesamt aus Öl- und Gas aussteigen. Dafür braucht es wirksame Gesetze, die Wahrnehmung der Verantwortung durch die **Eigentümervertretungen** und unterstützende Rahmenbedingungen wie **gezielte Förderungen**.

Auch der Ausbau von Gasnetzen ist sofort zu stoppen, Rückbaupläne sind zu entwickeln und umzusetzen. Dafür braucht es einen gesetzlichen Rahmen in einem **modernisierten Gaswirtschaftsgesetz**.

Senkenmanagement für ganz Österreich.

Senken sind natürliche Systeme wie **Wälder, Moore oder humusreiche Böden**, die in der Lage sind, zusätzliches CO₂ aus der Luft aufzunehmen und zu speichern.

Senken sind aber auch langlebige Holzprodukte wie zum Beispiel Holzbauten, in denen CO₂ über viele Jahrzehnte gespeichert bleibt.

Diese CO₂-Mengen werden zur Klimaneutralität gemäß dem Pariser Klimavertrag den CO₂-Emissionen menschlichen Handelns im gleichen Zeitraum **gegengerechnet** und sollen dazu im Jahr 2040 im Gleichgewicht sein. So wird die Klimaneutralität erreicht. Daher muss die Bundesregierung den **Natur- und Artenschutz** gleichrangig mit dem **Klimaschutz** behandeln und integrierte Lösungen vorlegen.

NATIONALER AKTIONSPPLAN

Wirksame Klimaschutz- und Naturschutz-Pläne müssen gesetzlich verankert, budgetiert und umgesetzt werden - in einem „Nationalen Aktionsplan für soziale Klima- und Biodiversitätspolitik“.